Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Testatsexemplar

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg
Hamburg

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

126477

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

2. Bilanz zum 31. Dezember 2023 (Geschäftsbereich)

3. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 (Geschäftsbereich)

4. Bilanz zum 31. Dezember 2023 (Treuhandbereich)

5. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 (Treuhandbereich)

6. Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023

7. Anhang für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Landesbetriebes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Landesbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Landesbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Landesbetriebs abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Landesbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Landesbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Landesbetriebes.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, 10. Juni 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Signed by:

Dr. Joachim Dannenbaum
Wirtschaftsprüfer

Signed by:
Fischer, Sandra

Sandra Fischer
Wirtschaftsprüferin

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

1. Aufgaben und Ziele

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg (LSBG) ist der Dienstleister für den öffentlichen Raum und den gesamten Life-Cycle des Infrastrukturvermögens der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH). Der LSBG ist zugleich Berater, Vermittler, Bedarfs- und Realisierungsträger. Die Dienststellen in den Auftraggeberämtern sind u.a. für die Entwicklung und die Funktionsfähigkeit von Infrastrukturgütern, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wasserwirtschaft, zuständig.

Der LSBG wird auf der Grundlage von Aufträgen (Kontrakten) tätig und erhält für die erbrachten Leistungen Honorare, die für ab dem 01.07.2022 begonnene Projekte weit überwiegend nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) gebildet werden und damit einem Fremdvergleich standhalten. Für bis zum 30.06.2022 begonnene Projekte wurden die Honorare nach der bis dahin gültigen Preisliste des LSBG berechnet, die sich ebenfalls auf die HOAI bezog, jedoch einige Pauschalierungen enthielt.

Unverändert bilden die Vertiefung seiner klassischen Geschäftsfelder und die Konzentration auf seine beiden Hauptauftraggeber, die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) und die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA), die Grundlage für die weitere Entwicklung des LSBG. Neue Geschäftsfelder werden durch eine engere Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern sowie im Bereich der Digitalisierung angestrebt.

Zwar ist der LSBG an Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft gebunden, er verfügt jedoch in der Aufgabenwahrnehmung über die notwendige Flexibilität, um schnell auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können. Hierfür nutzt er die auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen IT-Systeme, um Projekte effizient steuern zu können.

Der LSBG strebt eine kontinuierliche Verbesserung seiner Strukturen und Prozesse an. Zu diesem Zweck hat er ein Zielbild und ein Unternehmenskonzept entwickelt, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSBG und die fachliche Weiterentwicklung der Organisation in den Mittelpunkt rücken.

Der LSBG betreibt keine eigene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Dennoch beteiligt er sich an verschiedenartigen innovativen Projekten, um den Ansprüchen an einen modernen Dienstleister gerecht zu werden. Dazu gehört beispielsweise die Anwendung der Planungsmethode des Building Information Modeling (BIM) im Bereich der konstruktiven Bauwerke. Um den steigenden Anforderungen an eine Koordination von Baumaßnahmen verschiedener Realisierungsträger und zur Verbesserung des Verkehrsflusses gerecht zu werden, wurden in Kooperation mit verschiedenen, auch bundesweit tätigen, Softwareunternehmen georeferenziert gestützte Anwendungen entwickelt. Im Bereich der ITS (Intelligent Transport Systems) ist der LSBG in Teilen entscheidender Entwickler sichtbarer Ankerprojekte. Um zukünftig die Infrastrukturprojekte besser beobachten zu können, hat sich der LSBG mit der HHLA Sky GmbH auf eine Zusammenarbeit verständigt und einen Drohnenleitstand errichtet. Mitarbeitende des LSBG sind im Zuge dessen zu Drohnenpiloten ausgebildet worden.

2. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage im Jahr 2023 stellt sich im Zuge der Nachwirkungen der vorangegangenen Krisen, insbesondere den erheblichen Kaufkraftverlusten als Folge des massiven Energie- und Nahrungsmittelpreisanstiegs, der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung, der geopolitischen Krisen sowie den geldpolitischen Straffungen sehr schwach dar. Diese Ausgangslage gilt auch noch für 2024. Das Bruttoinlandsprodukt war im Jahr 2023 um 0,3 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch aus dem Corona-Jahr 2020 setzte sich 2023 nicht fort.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung 0,1 Prozent[1].
Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung verlief im Jahr 2023 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich:
Die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe (ohne Bau) sank um 2,0 %, vor allem wegen rückläufiger Energieproduktion und gestiegener Energiepreise. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete trotz positiver Impulse aus der Automobilindustrie einen leichten Rückgang von 0,4 %.
Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre Aktivitäten ausweiten, jedoch weniger stark als in den Vorjahren. Sowohl private als auch staatliche Konsumausgaben gingen zurück. Der private Konsum sank um 0,8 % – insbesondere langlebige Güter wie Haushaltsgeräte (-6,2 %) waren betroffen.
Die staatlichen Ausgaben reduzierten sich um 1,7 % infolge des Wegfalls von Corona-Maßnahmen. Das staatliche Finanzierungsdefizit lag bei 82,7 Mrd. Euro – rund 14 Mrd. Euro weniger als 2022. Im Baugewerbe führten hohe Kosten und schwierige Finanzierungsbedingungen zu einem Rückgang im Hochbau, während Tiefbau und Ausbaugewerbe leicht zulegten (+0,2 %).
Die Sanierung und der Erhalt der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur bleiben politischer Schwerpunkt. Ziel ist die Unterstützung der Verkehrswende und der Abbau des Instandhaltungsstaus, insbesondere bei Straßen und Ingenieurbauwerken. Davon profitiert auch der LSBG – im Verlauf des Jahres 2024 sowie in den ersten drei Quartalen 2025 hat sich die Auftragslage insgesamt positiv entwickelt. Der LSBG erwartet im Jahr 2026 auf Basis der avisierten großen Vorhaben (z.B. Hamburg Takt und U5) eine weitere Steigerung des Auftragsvolumens.

3. Verlauf des Geschäftsjahres

Die Leistungserbringung des LSBG, gemessen in Umsatzerlösen und Bestandsveränderungen, war mit insgesamt 170.472 Tsd. Euro gegenüber dem Vorjahr um 21.355 Tsd. Euro gestiegen (Vorjahr: 149.116 Tsd. Euro).

Die Leistungsschwerpunkte des LSBG sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

in Tsd. Euro	2022	2023	Veränderung
Honorare			
- Wasserwirtschaft	13.980	14.804	824
- Verkehrsbereich FHH	63.878	76.717	12.839
- Verkehrsbereich Bund	- 360	269	629
- Dritte: Bezirke, öffentl. Beleuchtung/ Lichtsignalanlagen	5.893	1.744	- 4.149
Honorare gesamt	**83.391**	**93.534**	**10.143**
Betriebsmittelerstattungen / Schadenersatz			
- Verkehr und Wasserwirtschaft	62.342	74.486	12.144
- Dritte: Bezirke, öffentl. Beleuchtung/ Lichtsignalanlagen	3.018	2.043	- 975
Betriebsmittelerstattungen gesamt	**65.359**	**76.529**	**11.169**
Erlöse aus Lizenzeinnahmen	366	409	43
Lizenzen gesamt	**366**	**409**	**43**
Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen gesamt	**149.116**	**170.472**	**21.355**

Bei den Honoraren ist ein Anstieg um insgesamt 10.143 Tsd. Euro auf 93.534 Tsd. Euro festzustellen. Bei den Betriebsmittelerstattungen und dem Schadenersatz ist ebenfalls ein Anstieg um 11.169 Tsd. Euro auf insgesamt 76.529 Tsd. Euro zu verzeichnen.

Die Gesamtdifferenz in Höhe von 21.355 Tsd. Euro ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Honorare im Verkehrsbereich FHH in Höhe von 12.839 Tsd. Euro sowie auf den Anstieg im Bereich der

[1] Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Betriebsmittelerstattungen für Verkehr und Wasserwirtschaft in Höhe von 12.144 Tsd. Euro zurückzuführen. Diese ergeben sich im Wesentlichen aufgrund der gestiegenen Auftragslage im Bereich ÖB/LSA infolge eines erhöhten Erneuerungsbedarfs sowie durch die Übernahme des neuen Aufgabenfeldes „Bauwerksunterhaltung“.

Entwicklung wesentlicher Aufwandspositionen

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 18.250 Tsd. Euro auf 104.234 Tsd. Euro. Hintergrund hierfür sind zum einen die bereits unter den Umsatzerlösen / Betriebsmittelerstattungen beschriebene stark gestiegene Auftragslage im Bereich ÖB/LSA sowie das neue Aufgabenfeld „Bauwerksunterhaltung“. Zum anderen ist der gestiegene Aufwand auf den erstmaligen Ausweis der Aufwendungen zur Zuführung zu den Rückstellungen für drohende Verluste in Höhe von 8.584 Tsd. Euro sowie auf sonstige periodenfremde Aufwendungen für Betriebsmittel in Höhe von 867 Tsd. Euro zurückzuführen.

Der Personalaufwand stieg im Jahr 2023 um 7.482 Tsd. Euro auf 53.908 Tsd. Euro. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Neueinstellungen (+11 Vollkräfte im Jahr 2023) und die seit Dezember 2022 greifende Tariferhöhung von 2,8 %, die die Bezüge und Entgelte um 3.898 Tsd. Euro auf 39.017 Tsd. Euro erhöhte. Darüber hinaus erhöhten sich die personalbezogenen Rückstellungen um 466 Tsd. Euro auf 4.493 Tsd. Euro, insbesondere aufgrund der gewährten Inflationsausgleichsprämie bei gleichzeitig gesunkenen Rückstellungen für Urlaub und Gleitzeitguthaben. Ferner erhöhten sich die Personalaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von einer im Vorjahr vorgenommenen Saldierung von Erträgen aus Personalkostenerstattungen in Höhe von 1.870 Tsd. Euro. Im Rahmen des Übergangs der Baumaßnahmenkoordinierung zum 01.01.2023 und der verzögerten personalwirtschaftlichen Überleitung der betroffenen Mitarbeitenden zur BVM entstanden im LSBG weiterzubelastende Personalkosten von 1.388 Tsd. Euro.

Im Bereich des sonstigen betrieblichen Aufwands ist eine Verringerung von 4.015 Tsd. Euro im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Diese wird im Wesentlichen durch Umgliederung in der Kontenzuordnung bei den übrigen Aufwendungen verursacht. Die Aufwendungen aus der Zuführung zu den Drohverlustrückstellungen von 8.584 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.849 Tsd. Euro) sowie die sonstigen periodenfremden Aufwendungen für Betriebsmittel in Höhe von 867 Tsd. Euro (Vorjahr: 0 Euro) werden seit 2023 unter dem Materialaufwand ausgewiesen. Gegenläufig haben sich Miet- und Leasingaufwände (+353 Tsd. Euro) sowie Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb aufgrund von gestiegenen Kosten für IT-Ausstattungen (+1.033 Tsd. Euro) erhöht.

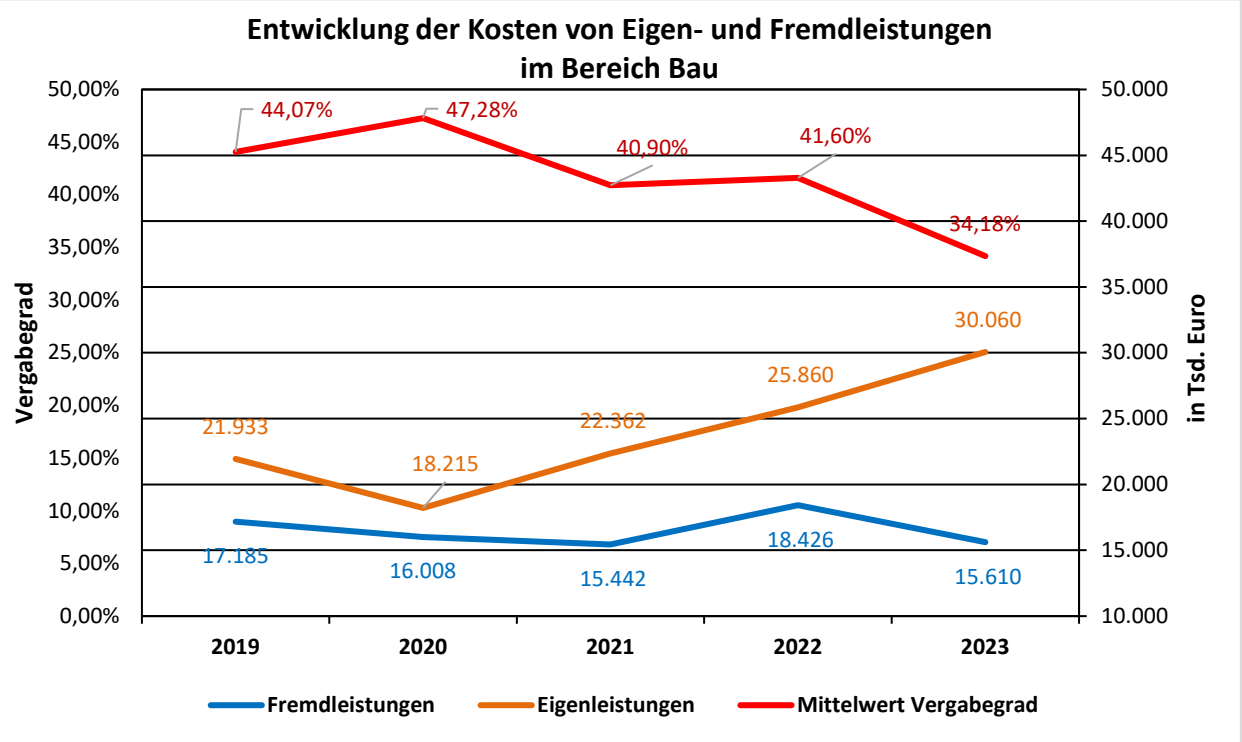
Das Verhältnis von Eigen- zu Fremdleistungen hat sich im Berichtsjahr verändert. Im Bereich Bau (Werkverträge) sind die Fremdleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 2.816 Tsd. € gesunken, während die Eigenleistungen im gleichen Zeitraum um 4.200 Tsd. € gestiegen sind.
Im Bereich Dienstleistungsverträge zeigte sich ein entgegengesetzter Trend: Hier stiegen die Fremdleistungen um 549 Tsd. €, während die Eigenleistungen um 4.840 Tsd. € zurückgingen.
Insgesamt ergibt sich somit ein Rückgang der Fremdleistungen um 2.267 Tsd. € und der Eigenleistungen um 640 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr.

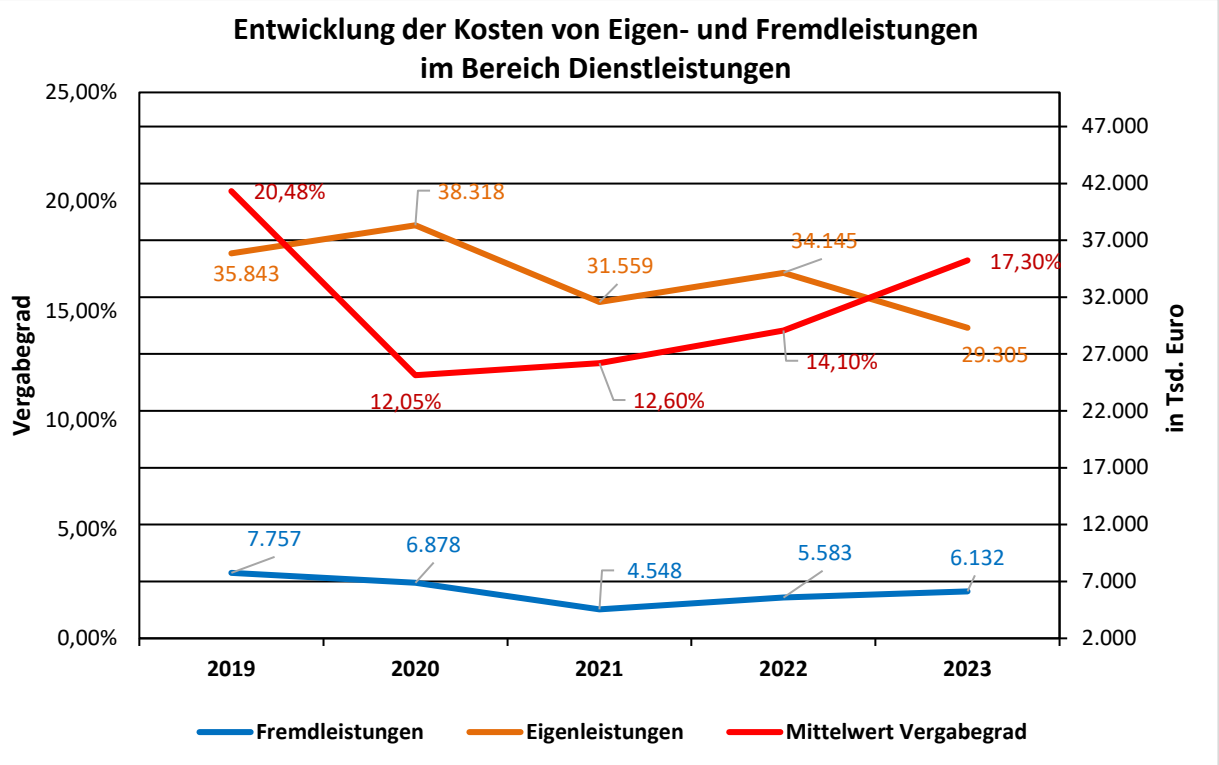
Die Veränderung der Vergabegrade kann den folgenden Grafiken entnommen werden:

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023





Der LSBG hat in Zusammenarbeit mit externen Experten sowie den Auftraggebern sein Honorarsystem überarbeitet und angepasst. Mit der Anwendung des neuen Verfahrens zur Honorarberechnung

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

ist im Juli 2022 für neu eingerichtete Projekte begonnen worden. Für die zu diesem Zeitpunkt bereits eingerichteten Projekte gilt weiterhin das alte Honorarmodell. Die Grundlage für die Berechnung der Honorare wurde im neuen Modell noch weiter an die Regelungen der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) angepasst, um eine enge Ausrichtung an den dort definierten Standards zu gewährleisten. Der LSBG geht unverändert davon aus, dass die bei Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen im LSBG anfallenden Kosten insgesamt durch die projektbezogenen Honorarsätze gedeckt sind. Diese Annahme wird durch das positive Jahresergebnis gestützt.

Das Bankkonto des LSBG unterliegt dem Cash-Concentration-Verfahren bei der Finanzbehörde. Der LSBG verfügt über keine Finanzanlagen. Bestandsgefährdende Risiken für den LSBG sind nicht erkennbar.

Entwicklung der Umsatzerlöse und der Bestandsveränderungen sowie des Jahresergebnisses und des Kostendeckungsgrades

Die wesentlichen Auftraggeber des LSBG sind die Ämter der BVM, speziell das Amt Verkehr, und das Amt für Wasser, Abwasser und Geologie der BUKEA. Der LSBG ist in geringem Umfang auch für andere Dienststellen der FHH, wie z.B. Bezirksämter oder den Landesbetrieb Verkehr, tätig.

Das Jahresergebnis des LSBG ist auf der Ertragsseite geprägt von den Umsatzerlösen und Bestandsveränderungen. Seine laufenden Projekte bilanziert der LSBG als fertige oder unfertige Leistungen. Die Umsatzerlöse von baulichen Projekten werden mit der Schlussrechnung realisiert, die Bestände entsprechend gekürzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Projektbestand von 173.656 Tsd. Euro um 27.564 Tsd. Euro auf insgesamt 146.092 Tsd. Euro gesunken. Die Bestandsminderungen sind in Höhe von 30.460 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.066 Tsd. Euro) auf die Abwertung von Projekten mit negativem geplantem Ergebnis zurückzuführen. **Weiterhin wurden 149 Projekte mit einem Wert von 28.652 Tsd. Euro schlussgerechnet.** Ferner werden seit dem Geschäftsjahr 2023 keine Betriebsmittelbestände mehr bilanziert, was im Jahr 2023 ebenfalls zu einer Reduzierung der Bestände führte.

Die Aufgaben der Baumaßnahmenkoordinierung werden seit Beginn des Jahres 2023 durch die BVM wahrgenommen. Der Personalbestand von 16 Mitarbeitenden ging zum 01.01.2023 über. Die durch den LSBG in einer Übergangsphase zu erbringenden Personal- und Raumbereitstellungen sowie administrativen Leistungen wurden gesondert kontrahiert, abgerechnet und mit 1.662 Tsd. Euro unter den Honorarerlösen ausgewiesen. Kontraktgrundlage waren im Wesentlichen die bis zur personalwirtschaftlichen Überleitung der Mitarbeitenden in die BVM im LSBG aufgelaufenen Personalkosten sowie Raum-, IT- und Verwaltungskosten.

Mit Wirkung zum 31.12.2014 wurden die Pensions- und Beihilfeansprüche der Beschäftigten an das Sondervermögen „Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg“ übergeben. Landesbetriebe wie der LSBG entrichten Zuschläge für die Versorgung der Beschäftigten. Im Jahr 2023 wurden diese im Vergleich zum Vorjahr mit 48 % der Bezüge und mit 12 % der Entgelte angepasst. Zum Ausgleich dieser Mehrbelastung wurde ein entsprechender Zuschuss von der BVM in Höhe von 3.277 Tsd. Euro gezahlt.

Für die Zusammensetzung des Jahresergebnisses 2023 sind – wie in den Vorjahren – darüber hinaus zwei Faktoren maßgeblich:

(I) die leistungsbezogene Abrechnung gegenüber den Auftraggebern und
(II) die Auswirkung der (pauschalen) Honorarsätze.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

I. Leistungsbezogene Abrechnung gegenüber den Auftraggebern

Unterjährig werden für die Kontrakte mit den Auftraggebern quartalsweise Abschläge angefordert, zum Jahresende wird eine Kontraktjahresrechnung erstellt. Als leistungsbezogene Abrechnungsgrundlage gilt bei Werksverträgen grundsätzlich der von der verantwortlichen Projektleitung eingeschätzte Ist-Leistungsstand. Dienstleistungsverträge werden grundsätzlich im Rahmen eines Vollkostenerstattungsverfahrens abgerechnet, bei dem die entstandenen Eigen- und Fremdleistungen abgerechnet werden.

II. Auswirkungen von Honorarsätzen

Seit Gründung des LSBG wurden die Honorarsätze für viele Projekttypen zunehmend spezifiziert und insbesondere für Großprojekte individuell vereinbart. Durch die Anwendung des angepassten Honorarsystems wird ein noch präziserer Bezug auf Besonderheiten von Projekten ermöglicht. Bei komplexen Projekten kann aufgrund der sich im Zeitverlauf ändernden Projektinhalte dennoch nicht ausgeschlossen werden, dass es zu planmäßigen Verlusten kommt. Eine kostendeckende Vergütung ergibt sich unverändert erst bei Gesamtbetrachtung aller Projekte.

Unter strikter Anwendung des Vorsichtsprinzips müssen erwartete Verluste für Projekte, deren vereinbarter Honorarsatz die voraussichtlichen Kosten übersteigt, sofort ergebniswirksam erfasst werden. Zu erwartende Gewinne können erst mit der Schlussabrechnung realisiert und dementsprechend erst in dem Jahresergebnis des Jahres der erfolgten Schlussabrechnung ausgewiesen werden. Aus dieser Systematik heraus sind in der Gewinn- und Verlustrechnung erlösmindernde Bestandsabwertungen von 30.460 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.066 Tsd. Euro) sowie Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften von 8.584 Tsd. Euro (Vorjahr: 5.849 Tsd. Euro) zu berücksichtigen, die das Jahresergebnis verringern.

Sonstige betriebliche Erträge stiegen im Jahr 2023 um 11.511 Tsd. Euro auf 22.017 Tsd. Euro. Wesentlicher Hintergrund sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Rückstellungen für drohende Verluste mussten aufgrund des Systemwechsels zum 01.01.2023 aus technischen Gründen komplett aufgelöst und neu gebucht werden. Der Saldo aus den Aufwendungen aus der Zuführung und den Erträgen aus der Auflösung der Rückstellungen für drohende Verluste ergibt einen positiven Ergebnisbeitrag von 1.619 Tsd. Euro.

Geänderte Ausübung von Wahlrechten

Mit dem Wechsel auf das neue SAP/S4 HANA-System ist eine neue Systemkomponente zum Einsatz gekommen: Das automatisierte Verfahren zur Bewertung des Vorratsvermögens, intern als „Ergebnisrechnung“ bezeichnet, verarbeitet alle projektbezogenen Ist- und Plandaten der Werksverträge im Sinne einer HGB-konformen Einzelbewertung und stellt die Ergebnisse dar. Bei drohenden Verlusten erfolgen die notwendigen Bestandsabwertungen bzw. werden die entsprechenden Rückstellungen berechnet und abgezinst. Mit seiner weitreichenden Vernetzung von kaufmännischen Systemteilen und solchen mit Projektmanagementfunktion ermöglicht das hochkomplexe Verfahren auch unterjährige Zwischenberechnungen und Analysen sowie das frühzeitige Erkennen von Planungslücken und projektbezogenen Risiken.
Notwendige Verknüpfungen ergeben sich darüber hinaus zwischen der Ergebnisrechnung und dem ebenfalls automatisierten Abrechnungsverfahren, um eine projektbezogene Zuordnung der geleisteten Anzahlungen zu ermöglichen. In diesem Zusammenspiel würde eine direkte, projektbezogene Absetzung der erhaltenen Anzahlungen von den Vorräten die Komplexität der Anwendung übermäßig erhöhen.
Diese technischen Abhängigkeiten und Vorgaben haben zu einem Anpassungsbedarf in der Ausübung des Wahlrechtes nach § 268 Abs. 5 HGB geführt. Erhaltene Anzahlungen werden nicht mehr wie in Vorjahren offen von den Vorräten abgesetzt, sondern in voller Höhe unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen.
Der Anstieg der Bilanzsumme um 155.500 Tsd. Euro auf 228.288 Tsd. Euro ist im Wesentlichen auf die veränderte Ausübung des Wahlrechtes zurückzuführen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Jahresergebnis

Im Berichtszeitraum konnte ein deutlich positives Ergebnis erzielt werden. Dieses ist in nennenswertem Umfang auf einmalige positive periodenfremde Effekte von 7,8 Mio. Euro (im Vorjahr: -2,9 Mio. Euro) zurückzuführen. Diese resultieren aus der Nachholung der Realisierung von einzelnen Umsatzerlösen, aus der Aufholung einzelner Bestandsabwertungen sowie sonstiger periodenfremder Aufwendungen und Erträge. Insgesamt war das Geschäftsjahr aufgrund der überwiegend periodenfremden Hintergründe damit äußerst erfolgreich.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 1.988 Tsd. Euro getätigt. Die Software „#Transmove“ ist im Jahr 2023 mit 475 Tsd. Euro aktiviert worden; diese ist durch einen externen Auftragnehmer programmiert worden.

Weitere durch den LSBG getätigte Investitionen betreffen die Anschaffung neuer Werkstattausrüstung.
Hier ist in eine Universal Fräs- und Bohrmaschine im Wert von 153 Tsd. Euro und eine Servo-Konventionelle Präzisions-Drehmaschine in Höhe von 149 Tsd. Euro im Jahr 2023 investiert worden.

Entwicklung des Eigenkapitals

Das ab dem 01.01.2011 etablierte, auf ein nach Projekttyp pauschalisiertes Honorarsystem, das weitgehend marktübliche Vergütungsbestandteile nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) und des Deutschen Verbandes der Projektmanager in der Bau- und Immobilienwirtschaft e.V. (DVP) enthielt, sollte zu einer im Wesentlichen kostendeckenden Vergütungsstruktur führen. Die genannten Vergütungssysteme stellen jeweils Branchenstandards dar. Seit Juli 2022 gilt für neubegonnene Projekte ein noch stärker an der HOAI ausgerichtetes Honorarsystem, das einem Drittvergleich mit externen Ingenieurbüros weitestgehend standhält. Die Honorare sind, wie auch im vorherigen Honorarmodell, insgesamt auskömmlich und ermöglichen dem LSBG eine weiterhin kostendeckende Leistungserbringung. Erkennbare Risiken in der Projektbearbeitung sind in der Bewertung der laufenden Projekte berücksichtigt.

Obwohl der LSBG mit seiner Vergütungsstruktur ein ausgeglichenes Ergebnis anstrebt, treten bei besonders aufwändigen Projekten teilweise Verluste ein, die das Jahresergebnis negativ beeinflussen. Zur Absicherung des Eigenkapitals hatte der LSBG daher im Jahr 2015 mit Zustimmung seines Verwaltungsrates und der Aufsicht führenden Behörde 1.000 Tsd. Euro aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in die Gewinnrücklagen eingestellt. Diese ist trotz der in den Jahren 2016, 2017 und 2021 eingetretenen Verluste nicht entnommen worden und besteht fort. Seit dem Jahr 2018 wurden überwiegend positive Jahresergebnisse generiert. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 14.767 Tsd. Euro erwirtschaftet werden.

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

In Tsd. EUR	2020	2021	2022	2023
Grundkapital	1.215	1.215	1.215	1.215
Gewinnrücklagen	1.000	1.000	1.000	1.000
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-) Vorjahr	420	1.583	640	3.279
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.163	-943	2.639	14.767
Eigenkapital	**3.798**	**2.855**	**5.494**	**20.261**

Das Eigenkapital zum 31.12.2023 von 20.261 Tsd. Euro überschreitet das Grundkapital von 1.215 Tsd. Euro um 19.046 Tsd. Euro.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Entwicklung der Finanzlage

Der Kapitalfluss des LSBG hat sich im Geschäftsjahr 2023 wie folgt entwickelt:

In Tsd. Euro	2022	2023	Veränderung
Jahresergebnis lt. Gewinn- und Verlustrechnung	2.639	14.767	12.128
Ab- und Zuschreibungen Anlagevermögen	1.755	805	-950
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-612	-318	295
Gewinn/Verlust Abgang Anlagevermögen	-2	0	2
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Rückstellungen	6.015	853	-5.162
Veränderung Sonstiger Aktiva und Passiva	-24.382	-12.508	11.874
Kapitalfluss laufende Geschäftstätigkeit	**-14.587**	**3.599**	**18.186**
Einzahlungen aus Abgängen Anlagevermögen	9	0	-9
Investitionen	-2.487	-1.987	500
Veränderungen aus Investitionen	372	28	-344
Erhaltene Investitionszuschüsse FHH	303	483	180
Kapitalfluss aus Investitionen	**-1.803**	**-1.476**	**327**
Kapitalfluss aus Finanzierung	**0**	**0**	**0**
Kapitalfluss gesamt	**-16.390**	**2.123**	**18.513**

Entsprechend dem Kapitalfluss haben sich die liquiden Mittel des bei der Finanzbehörde geführten Geschäftskontos verringert:

In Tsd. Euro	2022	2023
Stand zum Jahresbeginn	48.011	31.620
Zahlungswirksame Veränderung / Kapitalfluss	-16.391	2.123
Stand zum Jahresende	**31.620**	**33.743**

Zahlungsfähigkeit

Das im neuen SAP-System automatisierte Verfahren zur Abrechnung von Honoraren und Baukosten ermöglicht es, deutlich schneller, effizienter und zuverlässiger, die mit den auftraggebenden Ämtern vereinbarten Abrechnungsläufe durchzuführen, um die Liquidität des LSBG sicherzustellen. Auf der Basis eines insgesamt auskömmlichen Honorarsystems konnte der LSBG im Geschäftsjahr 2023 trotz temporärer, technisch bedingter Schwierigkeiten bei der Abrechnung, seinen Zahlungsverpflichtungen stets nachkommen. Die technischen Probleme sind zeitnah erfolgreich behoben worden. Darüber hinaus ist die Zahlungsfähigkeit des LSBG generell durch seine Organisationsform Landesbetrieb gegeben. Landesbetriebe sind rechtlich unselbständige Teile der FHH. Einer gesonderten Gewährträgerhaftung durch die FHH bedarf es daher nicht.

4. Künftige Entwicklung

Der Landesbetrieb orientiert sich mit seiner Leistungserbringung an den im Hamburger Haushalt bereitgestellten Mitteln und der hieraus erkennbaren politischen Schwerpunktsetzung. Auch im Jahr 2023 konnten in moderat steigendem Umfang qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewon-

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

nen werden. Darauf basierend plant der LSBG eine Aufrechterhaltung seines breiten Leistungsangebots; insbesondere für Aufträge im Zusammenhang mit der Mobilitätswende und den von der Behördenleitung der BVM vorgegebenen Aufgaben sowie im Bereich der Erhaltung und Verbesserung der hamburgischen Infrastruktur. Durch einen sehr heterogenen Auftragsbestand mit vielen kleineren und mittelgroßen Projekten ist bei baulichen Projekten der Aufwand für die Vergabe und Betreuung der externen Ingenieurbüros nach wie vor relativ hoch.

Entwicklung der Umsatzerlöse, der Bestandsveränderungen sowie des Eigenkapitals und des Kostendeckungsgrades

Neben den Aufgaben im Zusammenhang mit der Mobilitätswende wird der Aufgabenschwerpunkt des LSBG auch künftig auf der Erhaltung und Verbesserung der Hamburger Verkehrsinfrastruktur liegen. Die Mittel im Haushalt der Auftraggeberbehörden sind, soweit vorhandene Kapazitäten dies zulassen, bei der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt worden. Trotzdem können sich Veränderungen bei der unterjährigen Bewirtschaftung ergeben, falls sich z. B. politische Prioritätensetzungen verändern.

Die Leistungen des LSBG im Geschäftsjahr 2024 bewegten sich im Honorarbereich auf einem ähnlichen Leistungsniveau wie im Jahr 2023. Für die Jahre 2025 und 2026 wird auf Basis der gestiegenen Beauftragung eine positive Entwicklung prognostiziert, sofern die Rekrutierung des für die Leistungserstellung benötigten Personals in ausreichendem Maße gelingt. Wie in den Vorjahren konnten trotz einiger erfolgreicher Neueinstellungen nicht für alle ausgeschriebenen Tätigkeiten im Ingenieurbereich geeignete Bewerberinnen und Bewerber rekrutiert werden. Daraus ergibt sich weiterhin, wenn aktuell auch in abnehmendem Umfang, ein begrenzender Faktor hinsichtlich der Bearbeitung des Auftragsvolumens.

Die bei der Gründung des LSBG im Jahr 2007 grundsätzlich unterstellte Kostendeckung konnte im Jahr 2023 erreicht werden. In den Jahren 2016, 2017 und 2021 wurden negative Jahresergebnisse erzielt, diese konnten in den Folgejahren 2018 bis 2020 sowie 2022 und 2023 jedoch jeweils durch Jahresüberschüsse überkompensiert werden. Aufgrund der sich nach wie vor zum kleinteiligeren Projektgeschäft entwickelnden Beauftragung und den Anforderungen der Auftraggeber an ein möglichst weniger komplexes Honorarsystem wurde eine grundlegende Überarbeitung des Honorarsystems notwendig. Dieses wurde Mitte des Jahres 2022 für neubegonnene Projekte eingeführt.

Die Vergabequoten befinden sich weiterhin auf einem Niveau, das Einfluss auf das Jahresergebnis hat. Der umfangreiche Vergabe- und Betreuungsaufwand durch die LSBG-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Beauftragung von Ingenieurbüros wurde unzureichend in das für alle bis Juni 2022 begonnenen Bauprojekte geltende Vergütungsschema eingepreist. Diese Aufwendungen mussten in Teilen durch den LSBG selbst gedeckt werden und haben somit das Ergebnis belastet. Im Rahmen der Überarbeitung des Honorarsystems wurde diesem Aspekt Rechnung getragen. Die verstärkten Leistungen im Zusammenhang mit einer gestiegenen Öffentlichkeitsarbeit wurden mit dem Amt Verkehr gesondert kontrahiert. Die in den letzten Jahren stark gestiegenen Anforderungen in diesem Bereich aus Politik und Öffentlichkeit sind damit finanziert und umsetzbar. Die Aufgaben der Baumaßnahmenkoordinierung werden seit Beginn des Jahres 2023 durch die BVM wahrgenommen. Der entsprechende Fachbereich des LSBG ging zum gleichen Datum über. Die aufgrund der verzögerten personalwirtschaftlichen Umsetzung der betroffenen Mitarbeitenden entstandenen Personalkosten sowie Kosten für Räume, Technik und administrative Leistungen von 1.662 Tsd. Euro wurden an die BVM weiterbelastet. Ab 2024 wurden aufgrund des übergeleiteten Personals nur noch in deutlich geringerem Umfang (125 Tsd. Euro) Kosten für Raumnutzung und Verwaltung weiterberechnet.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

5. Risiken der künftigen Entwicklung

Durchlaufende und wiederkehrende Betriebs-, Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben bilden grundsätzlich ein sicheres Fundament für eine stabile Auftragslage des LSBG. Trotz einer hohen Belastung der öffentlichen Haushalte, insbesondere durch die anhaltend wirtschaftlich herausfordernde Situation, stehen in Hamburg für die umfangreichen und vielfältigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verkehrswende ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung. Knapper werdende Haushaltsmittel im betrieblichen Bereich stellen im Bereich der Dienstleistungsverträge eine Herausforderung dar, wenn durch Auftraggebende unverändert der gewohnte Leistungsumfang und eine hohe Qualität in der Leistungserbringung durch den Einsatz von betrieblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwartet wird. Kontraktverantwortliche im LSBG und in den auftraggebenden Behörden schließen ihre Vereinbarungen daher mit einem gemeinsamen Konsens in der Prioritätensetzung und Flexibilität, um die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mit dem größtmöglichen Nutzen zu verwenden. Im LSBG könnten umfangreichere Sparvorgaben in diesem Bereich Umplanungen beim Personaleinsatz nötig werden lassen. Bislang konnten jedoch immer die zu einer zuverlässigen Leistungserbringung benötigten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Im Baubereich ermöglicht der bereits gesicherte Auftragsbestand eine zielgerichtete organisatorische Anpassung des LSBG an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Durch das neue LSBG-Honorarmodell werden die Honorare projektbezogen und abhängig von Art und Beschaffenheit des Projektes ermittelt. Das Risiko für Verluste besteht weiterhin, da sich die Projektarbeit durch Verzögerungen, Fehlplanungen oder andere Schwierigkeiten verteuern kann. Aufgrund der Möglichkeit zur Berücksichtigung von spezifischen Projektbedingungen ist das Verlustrisiko jedoch gesunken.
Um bei unvorhergesehenen Ereignissen, die sich während der Baudurchführung ergeben, nicht benachteiligt zu werden, sieht das neue Honorarmodell in diesen Fällen die Möglichkeit zur Honorarnachverhandlung vor. Ändert sich der Projektumfang, werden die Honorare entsprechend den neuen Bedingungen angepasst. Dies umfasst auch die Abdeckung des Mehraufwands für vom Auftraggeber gewünschte Umplanungen.
Das Risiko wird auch durch die Anpassung an ein branchenübliches Vorgehen gedämpft: Im Gegensatz zum alten System, in dem Honorare für Bauprojekte erst nach Vorliegen aller Baukosten letztmalig berechnet und angepasst wurden, werden jetzt für Projekte lediglich zwei Honorarberechnungen erstellt: zu Beginn des Projekts und zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt, wenn eine genauere Planungssicherheit vorliegt („Kostenunterlage“). Damit besteht für Auftragnehmer und -geber bereits zu einem frühen Zeitpunkt Planungssicherheit über die Honorare.

Der weiterhin hohe Bedarf von ingenieurtechnischem Sachverstand in der Umsetzung von Aufträgen kann durch den LSBG quantitativ nicht vollumfänglich abgedeckt werden. Die begrenzten ingenieurtechnischen Kapazitäten schränken nach wie vor die Aufgabenwahrnehmung des LSBG als zentralem Dienstleister für Infrastrukturprojekte in Hamburg ein.

Auch wenn die forcierten Maßnahmen zu Gewinnung neuer Mitarbeiter*innen insgesamt eine positive Tendenz aufweisen, können nicht alle erforderlichen Stellen im Projektbereich zeitnah besetzt werden. Darüber hinaus unterliegt auch der LSBG einer Deckelung der maximal zu beschäftigenden Vollkräfte im Rahmen der quantitativen Personalsteuerung in der FHH.
Da auch Fremdvergaben eine qualifizierte Betreuung der Ingenieurbüros voraussetzen, wirkt die fehlende Ingenieurkapazität nach wie vor als Output-Begrenzung, und zwar unabhängig von den Kosten, die eine hohe Fremdvergabequote nach sich ziehen.

Auswirkungen von geopolitischen Spannungen und einem hohen Energiepreisniveau sind zu erwarten, da sich hohe Preise für Energieträger sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe auf die Kosten der Baumaßnahmen spürbar auswirken. Geschäftsrisiken für den LSBG lassen sich daraus aufgrund der Weiterberechnung von Baukosten an die Auftraggeberämter jedoch nicht ableiten. Wesentliche Einzelrisiken sind für den LSBG darüber hinaus nicht erkennbar.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Aufgrund der gesicherten Auftragslage und der politischen Vorgaben und Zielsetzungen in anderen Aufgabenbereichen sowie der angestrebten organisatorischen Anpassungen sieht der LSBG jedoch weiterhin insgesamt keine Risiken für die Betriebsführung und die wirtschaftlichen Ergebnisse.

6. Chancen der künftigen Entwicklung

Die gute Auftragslage und der politische Wille, die hamburgische Verkehrsinfrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten, verbunden mit dem Ziel, Hamburg durch eine im bundesweiten Vergleich herausragende Mobilitätswende weiterzuentwickeln, sorgen für stabile Ertragsaussichten des LSBG. Insbesondere die Straßen- und Brückensanierungsprogramme sowie die im Rahmen der Verkehrswende beabsichtigte Stärkung des Rad- und Fußverkehrs und anstehende Planungen für den Hamburg-Takt (ÖPNV) bieten für den LSBG gute Möglichkeiten, neue Projekte zu akquirieren. Große, lang andauernde Baumaßnahmen mit überregionaler Auswirkung und vielen betroffenen Hauptverkehrsstrecken (Neubau der U-Bahnlinie U5 und der Freihafenelbbrücke) geben dem LSBG Gelegenheit, seine Expertise und Kompetenz kooperativ mit anderen Realisierungsträgern einzubringen. Bei der Bewältigung der Herausforderungen der Mobilitätswende und der zukunftsfähigen Gestaltung der hamburgischen Verkehrssysteme ist die Expertise und Umsetzungskraft des LSBG gefordert. Chancen bestehen auch in der Weiterentwicklung von qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Verfahren in der Baudurchführung und dem Einsatz neuartiger, umweltschonender Materialien und Techniken. Basierend auf dem neuen integrierten SAP S/4 Hana-System wird ein zunehmender Aufbau der objektbasierten Datenwelt und des Asset Managements sowohl unter Steuerungsgesichtspunkten als auch beim Einsatz neuer digitaler Technologien viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bieten. Auch durch den Aufbau eines großen Erfahrungsschatzes bei den Mitarbeitenden in diesem Sektor wurde dafür eine stabile Basis geschaffen.

Im Zuge der Digitalisierungsstrategie wurde im Jahr 2019 die Organisationseinheit „DigiLab“ eingerichtet, die sich als zentraler Innovationstreiber im Bereich der digitalen Transformation etabliert hat. Zukunftschancen ergeben sich insbesondere durch die Weiterentwicklung von Datenmanagement- und Automatisierungslösungen, den Einsatz Künstlicher Intelligenz in Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie die zunehmende Vernetzung digitaler Systeme. Damit leistet das DigiLab einen wesentlichen Beitrag zur Effizienzsteigerung, Transparenz und Nachhaltigkeit zukünftiger Projekte des LSBG.

7. Prognosebericht

Die Prognose der Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen wird für das Wirtschaftsjahr 2024 bei rd. 152 Mio. Euro und damit deutlich unter dem Niveau des Jahres 2023 liegen. Im Jahr 2023 haben im Wesentlichen periodenfremde Effekte zu dem sehr positiven Ergebnis geführt. Das Geschäftsjahr 2023 ist somit als Ausreißer zu betrachten und kann nicht als Maßstab für das Jahr 2024 betrachtet werden. Die Prognose orientiert sich an den bestehenden und voraussichtlich erteilten Aufträgen sowie an der Haushaltslage. Der Vergabegrad hängt weiterhin von der prioritären Auftragslage im Bereich der Erhaltung und der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur ab. Vor dem Hintergrund eines heterogenen Projektportfolios, bei dem sich nach wie vor viele kleinere und mittelgroße Projekte in Bearbeitung befinden, sowie der Personalverstärkung im Ingenieurbereich, setzt sich der Trend einer sinkenden Vergabequote fort. Für 2024 betrug der Vergabegrad im Bereich Bau 37,9 % sowie für den Bereich Dienstleistungen 9,7 %. Vor dem Hintergrund des Personalaufwuchses sowie der anhaltend positiven Auftragslage ist prognostisch mit einer Seitwärtsbewegung des Vergabegrades zu rechnen. Das Jahresergebnis 2024 wird deutlich negativ im einstelligen Millionenbereich ausfallen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen,
Brücken und Gewässer
Hamburg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

Hamburg, den 27.03.2026

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Verkehr und Mobilitätswende
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Die Geschäftsführung

Dr. Stefan Klotz

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg

Bilanz zum 31.12.2023
"Geschäftsbereich"

Aktiva	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Lizenzen und DV-Software	524.917,00	430.389,46
2. Geleistete Anzahlungen	2.957.054,23	2.152.816,53
	3.481.971,23	**2.583.205,99**
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	802.767,00	22.526,95
2. Schiffe, Fahrzeuge und Geräte	0,00	890.452,35
3. Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	1.008.816,05
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.403.382,00	0,00
	2.206.149,00	**1.921.795,35**
Summe Anlagevermögen	**5.688.120,23**	**4.505.001,34**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unfertige Leistungen	143.553.483,24	153.882.418,31
2. Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen	0,00	-148.472.101,67
Vorräte unfertige Leistungen	143.553.483,24	5.410.316,64
3. Fertige Leistungen	2.491.808,49	19.773.721,45
4. Erhaltene Anzahlungen auf fertige Leistungen	0,00	-18.227.791,71
Vorräte fertige Leistungen	2.491.808,49	1.545.929,74
	146.045.291,73	**6.956.246,38**
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.903.935,29	3.455.165,96
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	401.033,27	453.577,49
3. Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg	72.269.486,71	56.506.465,77
davon Geschäftskonto Kasse.Hamburg € 33.743.098,35 (i. Vj. € 31.620.188,72)		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	96.312,17	83.757,85
	75.670.767,44	**60.498.967,07**
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	395,50
Summe Umlaufvermögen	**221.716.059,17**	**67.455.608,95**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**836.779,12**	**827.455,07**
Summe Aktiva	**228.240.958,52**	**72.788.065,36**

Passiva	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	1.214.934,29	1.214.934,29
II. Gewinnrücklagen	1.000.000,00	1.000.000,00
III. Gewinnvortrag	3.278.723,89	639.503,00
IV. Jahresüberschuss	14.767.459,02	2.639.220,89
Summe Eigenkapital	**20.261.117,20**	**5.493.658,18**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	**2.551.420,19**	**2.358.059,92**
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	1.849,16
2. Sonstige Rückstellungen	24.003.980,14	23.149.137,46
Summe Rückstellungen	**24.003.980,14**	**23.150.986,62**
D. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	170.678.641,14	33.413.024,76
davon unfertige Projekte	*0,00*	*32.272.517,62*
davon fertige Projekte	*0,00*	*1.140.507,14*
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.180.258,48	5.045.880,43
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.419.753,85	1.190.909,75
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg	473,10	1.512.378,86
5. Sonstige Verbindlichkeiten	145.314,42	623.166,84
davon aus Steuern: € 118.815,36 (i. Vj. € 431.839,65)		
Summe Verbindlichkeiten	**181.424.440,99**	**41.785.360,64**
Summe Passiva	**228.240.958,52**	**72.788.065,36**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

der Freien und Hansestadt Hamburg
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023
"Geschäftsbereich"

	2023 €	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse		198.083.112,41	125.745.887,19
2. Verminderung (i.Vj. Erhöhung) des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen		-27.610.848,03	23.370.459,96
3. Sonstige betriebliche Erträge		22.016.799,62	10.505.428,46
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-1.890.778,42		-940.604,15
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-102.343.271,57		-85.043.000,12
		-104.234.049,99	-85.983.604,27
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-40.852.392,67		-34.011.333,31
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 6.324.428,93 (i. Vj. € 6.213.106,55)	-13.055.721,85		-12.414.830,04
		-53.908.114,52	-46.426.163,35
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-804.561,94	-1.755.047,13
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-18.874.397,21	-22.889.084,32
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 30.421,95 (i. Vj. € 94.408,06)		487.297,68	101.381,64
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 91.105,09 (i. Vj. € 6.466,07)		-367.750,38	-16.972,01
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-5.434,64	-6.654,28
11. Ergebnis nach Steuern		14.782.053,00	2.645.631,89
12. Sonstige Steuern		-14.593,98	-6.411,00
13. Jahresüberschuss		**14.767.459,02**	**2.639.220,89**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Treuhandbereich

Bilanz zum 31.12.2023

Aktiva	31.12.2023 €	31.12.2022 €	Passiva	31.12.2023 €	31.12.2022 €
Umlaufvermögen					
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**Verbindlichkeiten**		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.283.472,74	344,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.361.532,11	1.039.577,65
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	45.338,23	1.959,49	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20.093.128,22	5.839.256,07
3. Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg	51.220.152,39	12.327.282,04	3. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg	26.504.604,38	5.450.751,81
4. Sonstige Vermögensgegenstände	86.943,57	0,00	4. Sonstige Verbindlichkeiten	676.642,22	0,00
	52.635.906,93	12.329.585,53		52.635.906,93	12.329.585,53
	52.635.906,93	**12.329.585,53**		**52.635.906,93**	**12.329.585,53**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

der Freien und Hansestadt Hamburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

"Treuhandbereich"

	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	116.810.580,42	115.687.178,17
2. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	-116.810.580,42	-115.687.178,17
3. Ergebnis nach Steuern	**0,00**	**0,00**
4. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
der Freien und Hansestadt Hamburg
Jahresergebnis der Kapitalflussrechnung (aggregiert) zum 31.12.2023

		Ergebnis 2023 €	Ergebnis 2022 €
1.	Ordentliches Ergebnis (Jahresergebnis lt. Gewinn- und Verlustrechnung)	14.767.459,02	2.639.220,89
2.	Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	804.561,94	1.754.336,62
	Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	0,00	0,00
	Aufwendungen aus der Nachaktivierung - WB (+)	0,00	710,51
3.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)	-317.709,74	-612.203,24
4.	Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (-)	-526,20	-9.327,00
	Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0,00	7.489,31
5.	Zunahme von Rückstellungen (+)	19.378.935,12	17.095.005,31
	Abnahme von Rückstellungen (-)	-18.525.941,62	-11.080.382,76
6.	Veränderungen sonstiger Aktiva / Passiva (+/-)		
	Zunahme (-) / Abnahme (+) von Aktiva:	-152.146.864,44	-21.148.250,89
	- Vorräte / Erhaltene Anzahlungen auf fertige und unfertige Leistungen	-139.089.045,35	-4.917.045,70
	- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	565.895,85	16.178,05
	- Forderungen gegen die FHH	-13.640.111,31	-16.045.163,32
	- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	37.879,24	53.646,88
	- Sonstige Vermögensgegenstände	-12.158,82	-30.555,72
	- ARAP	-9.324,05	-225.311,08
	Zunahme (+) / Abnahme (-) von Passiva:	139.639.080,35	-3.234.056,39
	- Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	137.265.616,38	-4.259.392,15
	- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.134.378,05	1.075.742,75
	- Verbindlichkeiten ggü. der FHH	-1.511.905,76	720.992,82
	- Verbindlichkeiten ggü. verbundenen konsolidierten Unternehmen	3.228.844,10	-886.994,41
	- Sonstige Verbindlichkeiten	-477.852,42	115.594,60
7.	nicht zahlungswirksames Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
	Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1. - 7.)	**3.598.994,43**	**-14.587.457,64**
8.	Einzahlungen aus Abgängen von Anlagevermögen	526,20	9.327,00
9.	Desinvestitionen / Investitionen (+/-)		
	Investitionen (-)	-1.987.680,83	-2.487.040,37
	davon		
9.1	*Immaterielle Vermögensgegenstände*	-542.066,85	-953.205,47
9.2	*Maschinen und Anlagen*	-403.630,15	-24.468,03
9.3	*Fahrzeuge*	0,00	-79.410,10
9.4	*Werkstattausstattung*	0,00	0,00
9.5	*Betriebs- und Geschäftsausstattung*	-237.746,13	-79.681,57
9.6	*IuK*	0,00	-217.996,19
9.7	*AiB*	-804.237,70	-1.132.279,01
9.8	*Finanzanlagen*	0,00	0,00
10.	Veränderungen der Forderungen / Verbindlichkeiten aus Investitionen (+/-)	27.922,09	371.558,64
11.	Erhaltene Investionszuschüsse davon		
11.1	*Investitionszuschuss aus dem Haushalt der FHH*	483.147,74	303.069,14
11.2	*Investitionszuschüsse Dritter*	0,00	0,00
	Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 8. bis 11.)	**-1.476.084,80**	**-1.803.085,59**
	Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	**2.122.909,63**	**-16.390.543,23**
12.	Veränderungen des Eigenkapitals (+/-)	0,00	0,00
13.	Darlehensaufnahme / Darlehenstilgung (+/-)	0,00	0,00
	Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 12. u. 13.)	**0,00**	**0,00**
	Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	**2.122.909,63**	**-16.390.543,23**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg

Anhang zum Jahresabschluss 2023

1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg (LSBG), Hamburg, wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Das Berichtsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Näheres regeln die Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 106 Landeshaushaltsordnung (LHO) in der im Haushaltsjahr 2023 anzuwendenden Fassung.

Das Gliederungsschema der Bilanz entspricht grundsätzlich § 266 HGB. Die Form der Darstellung ist gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich beibehalten worden.

Im Rahmen der zum 1.1.2023 durchgeführten SAP-Migration auf SAP 4/Hana wurde die Umstellung auf den Kontenrahmen der Freien und Hansestadt Hamburg vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurden die Bilanzposten des Sachanlagevermögens „Schiffe, Fahrzeuge und Geräte“ sowie „Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ im Wesentlichen unter dem Posten „Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ zusammengefasst. Diese Ausweisänderung und die Vornahme von Bereinigungen innerhalb der einzelnen Posten werden im Anlagenspiegel in den Spalten „Umbuchungen“ dargestellt.

Ab dem Geschäftsjahr 2023 werden die erhaltenen Anzahlungen, die den unfertigen und fertigen Leistungen zugeordnet werden können, nicht mehr gemäß § 268 Abs. 5 Satz 2 HGB offen von den Vorräten abgesetzt. Infolgedessen werden zum 31.12.2023 erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen ausschließlich auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit der SAP-Migration die Abrechnung der Betriebsmittel umgestellt. Die Betriebsmittel werden seit dem Geschäftsjahr 2023 laufend abgerechnet. Eine Erfassung der noch nicht abgerechneten Betriebsmittel zum Stichtag im Vorratsvermögen als unfertige Leistungen ist damit entbehrlich. Zudem wurden alle zum 31.12.2022 bestehenden Betriebsmittelbestände (rund 40.739 Tsd. Euro sowie die diesbezüglich erhaltenen Anzahlungen von 44.648 Tsd. Euro.) im Geschäftsjahr 2023 vollständig abgerechnet, so dass zum 31.12.2023 keine Vorratsbestände aus nicht abgerechneten Betriebsmitteln mehr ausgewiesen werden. Insgesamt ergibt sich hieraus im Geschäftsjahr 2023 ein einmaliger positiver Ergebnisbeitrag von rund 5.760 Tsd. Euro.

Im Rahmen der SAP-Migration wurde zudem auf den Ausweis von fertigen Leistungen für Projekte innerhalb der Vorräte in der Bilanz verzichtet. Diese werden nunmehr unter den unfertigen Leistungen ausgewiesen. Von den im Vorjahr ausgewiesenen fertigen Leistungen wurden 2.251 Tsd. Euro im Geschäftsjahr gegenüber den Auftraggebern abgerechnet. 17.523 Tsd. Euro werden zum 31. Dezember 2023 in den unfertigen Leistungen ausgewiesen.

Zudem werden im Geschäftsjahr Umsatzerlöse aus der Abrechnung von Honoraren, deren Leistungsdatum im Geschäftsjahr 2022 lag, von rund 5.414 Tsd. Euro ausgewiesen. Die darauf entfallenden Bestände an unfertigen Leistungen betrugen rund 1.812 Tsd. Euro zum 31.12.2022; die erhaltenen Anzahlungen betrugen rund 1.763 Tsd. Euro. Insgesamt ergibt sich hieraus im Geschäftsjahr 2023 ein positiver Ergebnisbeitrag von rund 2.179 Tsd. Euro. Für sonstige periodenfremde Umsätze ermittelt sich im Geschäftsjahr ein positiver Ergebnisbeitrag in Höhe von 1.970 Tsd. Euro.

Weiterhin wurden im Vorjahr Erträge aus Personalkostenerstattungen in Höhe von rund 1.887 Tsd. Euro mit dem Personalaufwand (Löhne und Gehälter) saldiert ausgewiesen. Dieser Sachverhalt wurde im Geschäftsjahr 2023 entsprechend des Saldierungsverbotes unsaldiert dargestellt. Die Erträge aus Personalkostenerstattungen von rund 1.870 Tsd. Euro werden im Berichtsjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Das Vorjahr wurde nicht angepasst.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Schließlich werden seit dem Geschäftsjahr 2023 die Aufwendungen aus den Zuführungen zu den Rückstellungen für drohende Verluste in den Aufwendungen für bezogene Leistungen (8.584 Tsd. Euro) ausgewiesen. Im Vorjahr waren die entsprechenden Aufwendungen in Höhe von 5.849 Tsd. Euro in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird unverändert nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

2.1 Aktiva

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die Aktivseite wurden grundsätzlich, unter Beachtung der unter 1. Allgemeine Angaben genannten Ausnahmen, beibehalten.

Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist, werden mit Anschaffungskosten unter Beachtung von planmäßigen Abschreibungen zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert. Die Nutzungsdauern der immateriellen Vermögensgegenstände liegen zwischen drei und sechs Jahren und die der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens zwischen drei und fünfundsiebzig Jahren.

Die Abschreibungen erfolgen unter Berücksichtigung der steuerlichen Abschreibungstabellen, soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der Bandbreite handelsrechtlich zulässiger Nutzungsdauern liegen.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zur Höhe von 800 Euro (netto) werden im Jahr des Zugangs vollständig aufwandswirksam erfasst.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt.

Die unfertigen und fertigen Leistungen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet worden. Sie beinhalten neben den Einzelkosten in Form angefallener Fremdleistungen, Materialaufwendungen und Stundenverrechnungssätzen auch einen angemessenen Teil der Gemeinkosten. Zinsen für Fremdkapital werden nicht berücksichtigt. Der Grundsatz der verlustfreien Bewertung wird beachtet. Durch Wertberichtigungen wird allen erkennbaren Bestandsrisiken Rechnung getragen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken sind durch entsprechende Wertkorrekturen auf dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. In den Forderungen gegen die FHH werden nur Forderungen gegen Behörden und Bezirksämter dargestellt, die zum Kernbilanzierungskreis der FHH gehören. Zu den Forderungen gegen die FHH zählt gemäß den Vorgaben der Finanzbehörde der FHH auch das bei der Kasse.Hamburg geführte Geschäftskonto des LSBG, da es dem Cash-Concentration-Verfahren der Finanzbehörde unterliegt. Die Forderungen, z.B. gegen Landesbetriebe, werden unter den Forderungen gegen die FHH ausgewiesen. Forderungen gegen Anstalten öffentlichen Rechts oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich mehrheitlich im Besitz der FHH befinden, werden unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

2.2 Passiva

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die Passivposten sind grundsätzlich, unter Beachtung der unter 1. Allgemeine Angaben genannten Ausnahmen, beibehalten worden.

Erhaltene Zuschüsse für investive Zwecke werden nach dem Bruttoverfahren als Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen und korrespondierend zum bezuschussten Vermögensgegenstand über die jeweilige Laufzeit ertragswirksam aufgelöst.

Infolge der Neufassung der für die Bilanzierung von Landesbetrieben einschlägigen haushaltsrechtlichen Vorgaben ist ab dem Jahr 2015 die Pflicht entfallen, Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und ähnliche Verpflichtungen zu bilden. Die gegenüber Beschäftigten des LSBG bestehenden Verpflichtungen werden seitdem in der Bilanz der Kernverwaltung der FHH erfasst.

Den darüber hinaus bestehenden erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wird auf Basis einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung durch ausreichende Dotierung von Rückstellungen zum Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst worden. Ergebnisse aus Zinssatzänderungen und veränderten Restlaufzeiten werden in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Bei der Bewertung von Rückstellungen für Jubiläen wurden die ermittelten Beträge mit einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Für die Rückstellungen für Gewährleistungsüberwachung werden die nachlaufenden Kosten mit einem absoluten Betrag geschätzt. Diese werden auf Basis von Erfahrungswerten mit pauschal 1,44 % (Vorjahr: 2,34 %) des erhaltenen Honorars je im Geschäftsjahr abgeschlossenen Projekt angesetzt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Wie bei den Forderungen gegen die FHH werden auch in den Verbindlichkeiten gegenüber der FHH nur Verbindlichkeiten gegenüber Behörden, Bezirksämtern und Landesbetrieben ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber, z. B. Anstalten öffentlichen Rechts oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich zu 100 % im Besitz der FHH befinden, werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

3 Angaben zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Hinsichtlich der Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen wird auf den Anlagenspiegel verwiesen (vgl. Anlage zum Anhang).

3.2 Unfertige und fertige Leistungen

Als unfertige Leistungen bilanziert der LSBG im Wesentlichen seine Leistungen im Zusammenhang mit Bauprojekten der FHH. Der Wertansatz beruht auf einer individuellen Einzelbewertung der Projekte.

Ohne Berücksichtigung der im Vorjahr offen abgesetzten erhaltenen Anzahlungen ist gegenüber dem Vorjahr sowohl die Gesamtsumme der unfertigen Leistungen von 153.882 Tsd. Euro auf 143.553 Tsd. Euro als auch die Gesamtsumme der fertigen Leistungen von 19.774 Tsd. Euro auf 2.492 Tsd. Euro gesunken.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Anhang zum Jahresabschluss 2023

3.3 Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Hinsichtlich der Entwicklung der Zusammensetzung der Forderungen wird auf den nachstehenden Forderungsspiegel verwiesen. Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr bestehen wie im Vorjahr nicht.

Art der Forderung	Gesamt 31.12.2022 in Tsd. Euro	Gesamt 31.12.2023 in Tsd. Euro
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.074	3.800
abzgl. Wertberichtigungen	-619	-896
ZWISCHENSUMME	3.455	2.904
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	454	401
3. Forderungen gegen die FHH	56.506	72.270
4. Sonstige Vermögensgegenstände	84	96
GESAMT	**60.499**	**75.671**

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren in Höhe von 401 Tsd. Euro (Vorjahr: 454 Tsd. Euro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen die FHH in Höhe von insgesamt 72.270 Tsd. Euro entfallen zu rund 47 % auf das bei der Kasse.Hamburg geführte Geschäftskonto des LSBG (siehe auch Nr. 2.1). Die bei der Kasse.Hamburg geführten Bestände haben sich von 31.620 Tsd. Euro um 2.123 Tsd. Euro auf nunmehr 33.743 Tsd. Euro erhöht.

Die Forderungen gegen die FHH aus Lieferungen und Leistungen betragen 38.527 Tsd. Euro (Vorjahr: 24.886 Tsd. Euro). Wesentlichen Anteil haben die Forderungen gegen die BVM (Behörde für Verkehr und Mobilitätswende).

Unter den Sonstigen Vermögensgegenständen werden insbesondere Forderungen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgewiesen.

3.4 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Art der Guthaben	31.12.2022 in Tsd. Euro	31.12.2023 in Tsd. Euro
Kassenbestand	0,4	0,0
GESAMT	**0,4**	**0,0**

Seit diesem Jahr wird im LSBG keine Bargeldkasse mehr geführt. Der Bestand des bei der Kasse.Hamburg geführten Geschäftskontos wird unter den Forderungen gegen die FHH ausgewiesen (siehe Nr. 3.3).

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Anhang zum Jahresabschluss 2023

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen die im Dezember 2023 für den Januar 2024 ausgezahlten Beamtenbezüge. Darüber hinaus werden Abgrenzungen für Wartungsverträge, Lizenz- und Nutzungsgebühren, Ausnahmegenehmigungen des Landesbetriebs Verkehr und Kfz-Steuern dargestellt:

Abgrenzungsgegenstand	31.12.2022 in Tsd. Euro	31.12.2023 in Tsd. Euro
Beamtenbezüge	437	514
Gebäudemieten	252	0
Softwareaufwendungen	78	284
Ausnahmegenehmigungen Landesbetrieb Verkehr	29	20
Kfz-Steuern	3	0
Sonstige	28	19
GESAMT	**827**	**837**

3.6 Eigenkapital

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Eigenkapitals ist im folgenden Eigenkapitalspiegel dargestellt:

Eigenkapital	Grundkapital in Tsd. Euro	Gewinnrücklagen in Tsd. Euro	Gewinnvortrag in Tsd. Euro	Jahresüberschuss in Tsd. Euro	Eigenkapital in Tsd. Euro
Stand zum 01.01.2023	1.215	1.000	640	2.639	5.494
Gewinnrücklagen	-	-	-	-	-
Gewinnvortrag	-	-	2.639	-2.639	-
Jahresüberschuss	-	-	-	14.767	14.767
Stand zum 31.12.2023	1.215	1.000	3.279	14.767	20.261

3.7 Sonderposten für Investitionszuschüsse

Die Gesamtsumme der Sonderposten für Investitionszuschüsse hat sich von 2.358 Tsd. Euro im Vorjahr auf 2.551 Tsd. Euro erhöht. Dies ergibt sich vorwiegend aus einem Zuschuss in Höhe von 501 Tsd. Euro für DigITALL.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Anhang zum Jahresabschluss 2023

3.8 Rückstellungen

Die Zusammensetzung der Rückstellungen zeigt der Rückstellungsspiegel:

Rückstellungen	Stand 01.01.2023 in Tsd. Euro	Ver-brauch in Tsd. Euro	Auflö-sung in Tsd. Euro	Zufüh-rung in Tsd. Euro	Zinssaldo aus Auf- / Abzin-sung	Stand 31.12.2023 in Tsd. Euro
Gleitzeitüberhänge und Rest-urlaub	3.859	0	1.361	702	0	3.200
Sabbatjahre	103	42	0	52	0	113
Sonst. RSt Personalbereich	66	0	9	1.124	0	1.181
Steuerrückstellungen	2	2	0	0	0	0
Gewährleistungsüberwa-chung	646	0	639	496	-5	498
Abschluss / Prüfung	93	93	0	117	0	117
Prozess-, Rechts- u. Bera-tungskosten	102	0	0	13	0	115
Übrige/Sonst. RSt	467	0	57	761	-8	1.162
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	6.892	0	6.966	8.584	74	8.584
Ausstehende Rechnungen	10.921	5.286	4.071	7.470	0	9.034
GESAMT	**23.151**	**5.422**	**13.104**	**19.318**	**61**	**24.004**

Der Rückgang bei den Rückstellungen für Gleitzeitüberhänge und Resturlaub liegt darin begründet, dass die Mitarbeitenden nach dem Ende der Corona-Pandemie vermehrt Urlaub und Überstundenausgleich in Anspruch nehmen.

Die Rückstellung TV-Inflationsausgleich (Sonst. RST-Personalbereich) ist für den Teil, der auf das Jahr 2023 entfällt, gebildet worden.

Die Rückstellungen für Gewährleistungsüberwachungen betreffen Bauprojekte, die zwar bereits abgeschlossen sind, sich aber in der Phase der Gewährleistung befinden. Sie decken den Aufwand des LSBG für die durchzuführende Gewährleistungsüberwachung, die für die Aufdeckung von Mängelansprüchen gegenüber den Baufirmen anfallen sowie nachlaufenden Aufwand in schlussgerechneten Bauprojekten ab. Neben dem reinen Gewährleistungsaufwand sind aufgrund von Erfahrungswerten aus in Vorjahren abgeschlossenen Projekten die üblicherweise nach Projektschlussrechnung anfallenden und durch den LSBG zu tragenden Kosten (nachlaufender Aufwand) passiviert worden.

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften betreffen erwartete Verluste für Projekte, deren voraussichtliche Kosten den vereinbarten Honorarsatz übersteigen. Sie basieren auf einer individuellen Risikoeinschätzung der vom LSBG bearbeiteten Projekte. Wenn die Restlaufzeit des Projektes bis zur (Teil-)Schlussabrechnung des Projektes voraussichtlich mehr als ein Jahr beträgt, werden die Drohverlustrückstellungen mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Anhang zum Jahresabschluss 2023

Zuführungen zu den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen stehen im Zusammenhang mit der SAP-Systemumstellung zum Jahreswechsel 2022/2023. Diese Rückstellung beinhaltet auch vertragliche Verpflichtungen, die aus allgemeinen Betriebsausgaben (Porto, Fortbildungen) sowie aus Bau- und Betriebsmitteln entstanden sind.

3.9 Verbindlichkeiten

Der Verbindlichkeitenspiegel zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten und ihre Restlaufzeiten:

Art der Verbindlichkeit	Gesamt 31.12.2022 in Tsd. Euro	Gesamt 31.12.2023 in Tsd. Euro	Davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (Vorjahr) In Tsd. Euro	Davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr (Vorjahr) In Tsd. Euro
1. aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	33.413	170.679	20.314 (13.031)	150.365 (20.382)
2. aus Lieferungen und Leistungen	5.046	6.180	6.180 (5.046)	0 (0)
3. gegenüber verbundenen Unternehmen	1.191	4.420	4.420 (1.191)	0 (0)
4. gegenüber der FHH	1.512	0	0 (1.512)	0 (0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	623	145	145 (623)	0 (0)
GESAMT	**41.785**	**181.424**	**31.059 (21.403)**	**150.365 (20.382)**

Die Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen stehen im Zusammenhang mit erhaltenen Anzahlungen für Bauprojekte und setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	Gesamt 31.12.2022 in Tsd. Euro	Davon offen absetzbar in Tsd. Euro	Davon nicht offen absetzbar in Tsd. Euro	Gesamt 31.12.2023 in Tsd. Euro	Davon offen absetzbar in Tsd. Euro	Davon nicht offen absetzbar in Tsd. Euro
Unfertige Leistungen	180.745	148.472	32.273	143.666	94.697	48.968
Fertige Leistungen	19.368	18.228	1.140	27.013	22.246	4.767
GESAMT	**200.113**	**166.700**	**33.413**	**170.679**	**116.943**	**53.735**

Aufgrund der Automatisierung der Ergebnisrechnung im neuen SAP S/4HANA ist eine Darstellung der offen absetzbaren erhaltenen Anzahlungen im Vorratsvermögen der Bilanz nicht mehr möglich. Das Wahlrecht gem. § 268 Abs. 5 S. 2 HGB wird daher anders als in den Vorjahren so ausgeübt, dass die erhaltenen Anzahlungen gesondert unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, wie der Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (HHVA) oder der Hamburg Port Authority AöR (HPA), ergeben sich wie im Vorjahr ausschließlich aus Leistungen, die der LSBG in Anspruch genommen hat.

Verbindlichkeiten gegenüber der FHH ergeben sich ebenfalls wie im Vorjahr ausschließlich aus Leistungen, die von Behörden und Bezirken erbracht wurden.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen insbesondere auf Umsatzsteuerverbindlichkeiten (119 Tsd. Euro; Vorjahr: 432 Tsd. Euro) sowie kreditorische Debitoren.

3.10 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen Miet- und Pachtverträge sowie das Bestellobligo. Die vom LSBG abgeschlossenen Wartungsverträge und die Verträge mit Behörden und Senatsämtern sehen in der Regel eine jährliche Kündigungsoption vor. Sie werden daher nicht aufgeführt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	Gesamt in Tsd. Euro	Davon Restlaufzeit unter einem Jahr	Davon Restlaufzeit über ein Jahr bis zu fünf Jahren	Davon über fünf Jahre
Bestellobligo	77.394	74.162	3.232	0
Miet- und Pachtverträge	35.601	3.183	12.260	20.158
GESAMT	**112.995**	**77.345**	**15.492**	**20.158**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Aufgliederung der Leistungen (Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen)

Die Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen entfallen auf die Teilbereiche wie folgt:

Honorare / Betriebsmittel	Umsatz-erlöse 2022 in Tsd. Euro	Umsatz-erlöse 2023 in Tsd. Euro	Bestands-verände-rung 2022 in Tsd. Euro	Bestands-verände-rung 2023 in Tsd. Euro	Gesamt 2022 in Tsd. Euro	Gesamt 2023 in Tsd. Euro
Honorare Wasser	11.226	13.060	2.754	1.744	13.980	14.804
Honorare Verkehr	57.971	64.140	5.907	12.577	63.878	76.717
Honorare Bund	0	269	-360	0	-360	269
Honorare andere	3.240	2.937	2.653	-1.193	5.893	1.744
I. Honorare	**72.437**	**80.406**	**10.954**	**13.128**	**83.391**	**93.534**
Betriebsmittelerstattungen Wasser und Verkehr	44.639	114.190	17.703	-39.704	62.342	74.486
Betriebsmittelerstattungen andere	5.797	1.404	-5.286	-1.035	511	369
Schadenersatzleistungen	2.507	1.674	0	0	2.507	1.674
II. Betriebsmittel	**52.943**	**117.268**	**12.417**	**-40.739**	**65.359**	**76.529**
Erlöse Lizenzeinnahmen	366	409	0	0	366	409
III. Lizenzen	**366**	**409**	**0**	**0**	**366**	**409**
	125.746	**198.083**	**23.370**	**-27.611**	**149.116**	**170.472**

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen beträgt 170.472 Tsd. Euro und liegt über dem Niveau des Vorjahres (149.116 Tsd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Honorare um 10.143 Tsd. Euro gestiegen und belaufen sich auf insgesamt 93.534 Tsd. Euro.

Der Anstieg der Honorare verteilt sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:

- Infrastruktur Individualverkehr: +9.928 Tsd. Euro
- Instandsetzung Hauptverkehrsstraßen: +4.435 Tsd. Euro
- Bauwerksunterhaltung: +2.852 Tsd. Euro
- Ministerielle Aufgaben: +2.514 Tsd. Euro

Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Umsatzerlöse und Bestandserhöhungen im Bereich Verkehr zurückzuführen.

Die Honorare im Gewässerbereich sind um 824 Tsd. Euro sowie im Bereich Verkehr um 12.839 Tsd. Euro gestiegen. Die Honorare für Bundesprojekte sind gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 629 Tsd. Euro gestiegen. Die Honorare im Bereich Anderer / Dritter sind um 4.149 Tsd. Euro gesunken.

Der Rückgang im Bereich der Bestandsveränderungen ergibt sich aus folgenden Faktoren: Bei den Betriebsmitteln ist ein Rückgang von -40.739 Tsd. Euro zu verzeichnen. Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit der Umstellung der Abrechnung der Betriebsmittel. Die Betriebsmittel 2023 wurden

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

unterjährig laufend abgerechnet. Zudem wurden die Betriebsmittelbestände zum 31. Dezember 2022 (40.739 Tsd. Euro) vollständig abgerechnet. Dementsprechend verzeichnen die Betriebsmittelerstattungen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr während die Betriebsmittelbestände zum 31.12.2023 aufgrund der geänderten Abrechnungssystematik einen Bestand von 0,00 Euro ausweisen.

Ein gegenläufiger Effekt ergibt sich aus den Bestandsveränderungen für Honorare. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 2.174 Tsd. Euro gestiegen. Die Bestandserhöhung ist im Wesentlichen auf die aufgebauten Bestände im Bereich Verkehr zurückzuführen.

Seit dem Jahr 2019 werden durch die Kostenbeteiligung von Leitungsunternehmen an der Entwicklung des virtuellen Projektraumes „DigITALL“ Lizenzeinnahmen generiert. Darüber hinaus ist ein leichter Anstieg der Lizenzeinnahmen für das Projekts iTWO zu verzeichnen.

Die Umsatzerlöse 2023 enthalten neben den laufenden Erlösen (170.554 Tsd. Euro) Erlöse aus periodenfremden Honoraren (5.414 Tsd. Euro), Betriebsmitteln (20.145 Tsd. Euro) und sonstigen Umsätzen (1.970 Tsd. Euro).

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten sämtliche Vorgänge, die keinem der vorstehenden Ertragsposten zugeordnet werden können.

Sonstige betriebliche Erträge	2022 in Tsd. Euro	2023 in Tsd. Euro
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6.471	13.104
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	264	318
Periodenfremde Erträge	0	324
Übrige Erträge	3.770	8.271
GESAMT	**10.505**	**22.017**

Hinsichtlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen wird auf die Ausführungen zu Nr. 3.8 verwiesen.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 318 Tsd. Euro stehen im Zusammenhang mit den von der FHH an den LSBG gezahlten Investitionszuschüssen. Die übrigen Erträge beinhalten im Wesentlichen Zuschüsse der Aufsicht führenden Behörde für Versorgungsleistungen (3.277 Tsd. Euro) und Personalkostenerstattungen (3.234 Tsd. Euro).

4.3 Materialaufwand

Der Materialaufwand liegt mit 104.234 Tsd. Euro (Vorjahr: 85.984 Tsd. Euro) über dem Vorjahresniveau.

Im Vorjahresvergleich ergibt sich die Erhöhung insbesondere aus den Bereichen der betrieblichen Bauleistungen und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die im Wesentlichen in den Bereichen Verkehrssteuerung, Betrieb konstruktiver Bauwerke und Instandhaltung Hauptverkehrsstraßen sowie durch die allgemeinen Preissteigerungen im Bausektor anfielen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Der Anstieg der betrieblichen Bauleistungen ist ansonsten auf die Aufwendungen aus der Zuführung von Drohverlustrückstellungen (8.584 Tsd. Euro) zurückzuführen, die ab 2023 statt in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen werden.

Materialaufwand	**2022 in Tsd. Euro**	**2023 in Tsd. Euro**
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	941	1.891
Betriebliche Bauleistungen	60.421	78.452
Ingenieurtechnische und gutachterliche Leistungen	24.622	23.891
GESAMT	**85.984**	**104.234**

4.4 Personalaufwand

Der Personalaufwand in Höhe von 53.908 Tsd. Euro (Vorjahr: 46.426 Tsd. Euro) setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwand	**2022 in Tsd. Euro**	**2023 in Tsd. Euro**
Bezüge und Entgelte	34.011	40.852
Davon Beamtenbezüge	*6.595*	*6.678*
Davon Entgelte	*28.524*	*32.339*
Davon Veränderungen von personalbezogenen Rückstellungen	*-1.108*	*1.836*
Soziale Abgaben und Versorgungsaufwendungen	12.415	*13.056*
Davon Aufwendungen für die Sozialversicherung	*5.618*	*6.269*
Davon Versorgungsbezüge	*6.165*	*5.754*
Davon Beihilfezuschläge	*48*	*570*
Davon sonstige Versorgungsaufwendungen	*584*	*463*
GESAMT	**46.426**	**53.908**

Die Bezüge und Entgelte sind um 6.841 Tsd. Euro auf nunmehr 40.852 Tsd. Euro (Vorjahr: 34.011 Tsd. Euro) gestiegen. Die sozialen Abgaben und Versorgungsaufwendungen sind um 641 Tsd. Euro auf 13.056 Tsd. Euro gestiegen (Vorjahr: 12.415 Tsd. Euro). Die Gründe für den Anstieg sind neben einem Anstieg der Tarifgehälter in der Erhöhung des Personalbestandes zu sehen (vgl. 5.4). Weiterhin wurden im Vorjahr Erträge aus Personalkostenerstattungen (1.870 Tsd. Euro) mit dem Personalaufwand (Löhne und Gehälter) saldiert ausgewiesen. Die Erträge aus Personalkostenerstattungen werden im Berichtsjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Vorjahresausweis wurde nicht angepasst.

4.5 Abschreibungen

Die Abschreibungen in Höhe von 805 Tsd. Euro entfallen mit 448 Tsd. Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 357 Tsd. Euro auf Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden sämtliche Aufwendungen ausgewiesen, die keinem der vorstehenden Posten zugeordnet werden können.

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2022 in Tsd. Euro	2023 in Tsd. Euro
Personalbedingte Aufwendungen	748	694
Bewirtschaftung und Instandhaltung	3.987	4.341
Davon Miete und Leasing	*2.751*	*3.087*
Geschäftsbetrieb	5.406	6.408
Davon Lizenzen	*3.463*	*3.621*
Übrige Aufwendungen	12.748	7.431
Davon Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen	*-8*	*383*
GESAMT	**22.889**	**18.874**

Die Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Instandhaltung haben sich leicht erhöht. Hauptsächlich ist dies durch eine Kostensteigerung im Bereich Mieten und Leasing zu erklären. Bei den Aufwendungen für den laufenden Geschäftsbetrieb ergibt sich im Vorjahresvergleich ebenfalls ein Anstieg. Hintergrund sind gestiegene Bedarfe bei der IT-Ausstattung. Im Bereich der übrigen Aufwendungen ist eine Minderung der Aufwendungen zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen auf die Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen für Drohverluste zurückzuführen, die nun unter dem Materialaufwand ausgewiesen werden.

4.7 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis fällt mit 119,5 Tsd. Euro höher aus als das im Vorjahr (84,4 Tsd. Euro). Es setzt sich aus originären Zinsaufwendungen bzw. Zinserträgen sowie aus Aufwendungen bzw. Erträgen aus der Auf- und Abzinsung von Rückstellungen zusammen.

Finanzergebnis	2022 in Tsd. Euro	2023 in Tsd. Euro
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101,3	487,2
Davon Zinserträge	*6,9*	*456,8*
Davon Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	*94,4*	*30,4*
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16,9	367,7
Davon Zinsaufwendungen	*10,5*	*276,6*
Davon Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	*6,4*	*91,1*
GESAMT	**84,4**	**119,5**

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

4.8 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie sonstige Steuern

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aus dem Betrieb gewerblicher Art belasten das Jahresergebnis in Höhe von 5,4 Tsd. Euro. Die sonstigen Steuern betragen 14,6 Tsd. Euro.

5 Sonstige Angaben

5.1 Nachtragsbericht

Zwischen dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 und dem Aufstellungstag des Jahresabschlusses auf den 31.12.2023 sind bei dem Landesbetrieb keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens gehabt hätten und im Rahmen der Jahresabschlusserstellung nicht bereits Berücksichtigung fanden.

5.2 Geschäftszweige

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer wickelt die Baumittel der Auftrag gebenden Behörden und Bezirksämter über ein gesondertes Konto ab. Dieses sogenannte Treuhandkonto ermöglicht direkte Zahlungen an die beauftragten Firmen und wird durch nachlaufende Zahlungen der Auftraggeber aus dem Haushalt gedeckt. Der LSBG geht damit für den Haushalt in Vorleistung. Da sämtliche Aufwendungen in diesem Bereich durch entsprechende Erträge aus Baukostenerstattungen gedeckt sind, wird grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Zur Darstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten wird auf die Ausführungen zu Nr. 2 und Nr. 3 verwiesen.

5.3 Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 beläuft sich auf 79 Tsd. Euro (brutto). Für die IT-Migrationsprüfung entstanden Kosten in Höhe von 33 Tsd. Euro. Für Bestätigungs- und für Steuerberatungsleistungen sind 15 Tsd. Euro angefallen. Sonstige Leistungen wurden vom Abschlussprüfer nicht erbracht.

5.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt 2023 beschäftigte der LSBG 727 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 698). Wird die individuelle Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitstellen umgerechnet, ergeben sich 634 Vollkräfte (Vorjahr: 616). Im Durchschnitt hat der LSBG in 2023 323 Mitarbeiterinnen - davon 55 Beamtinnen und 268 Tarifbeschäftigte. Die Schwerbehindertenquote lag für 2023 bei 7,01 %.

	2022 in Köpfen	**2023 in Köpfen**
Tarifangestellte	582	615
Davon in Teilzeit	*158*	*177*
Beamtinnen/Beamte	116	112
Davon in Teilzeit	*34*	*38*
GESAMT	**698**	**727**
Davon in Teilzeit	***192***	***215***

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Anhang zum Jahresabschluss 2023

5.5 Aufsichtsgremium

Zur Unterstützung der Aufsicht führenden Behörde ist ein Verwaltungsrat eingerichtet. Im Jahr 2023 bestand er aus den folgenden Mitgliedern:

- Herr Martin Bill (Vorsitzender), Staatsrat der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM)
- Herr Dr. Andreas Finckh, (stellvert. Vorsitzender), als Vertreter der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA)
- Herr Dipl.-Ing. Konrad Rothfuchs, Vorsitzender des Verbandes freier Ingenieure für Straßenbau in Hamburg e.V., Bauingenieur
- Frau Dr. Antje Mattfeld, Rechtsanwältin bei Brödermann Jahn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
- Herr Gordon Nelkner, Leiter des Dezernats Wirtschaft, Bauen und Umwelt im Bezirksamt Hamburg-Mitte
- Herr Uwe Voss, Abteilungsleitung im Referat 24 im Amt für Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde
- Frau Ilonka von Bronewski, Mitglied des Personalrates des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG), Angestellte im öffentlichen Dienst

5.6 Geschäftsführung

Seit dem 01.02.2017 ist Herr Dr. Stefan Klotz der Geschäftsführer des LSBG. Sein Stellvertreter ist der Leitende Baudirektor Herr Christoph Heel.

Den Geschäftsführern wurden weder Vorschüsse noch Kredite gewährt. Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen wurden nicht eingegangen.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

5.7 Konzernabschluss

Der Jahresabschluss des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer wird in den Konzernabschluss der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Diese stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss der Freien und Hansestadt Hamburg wird auf der Homepage der Freien und Hansestadt Hamburg offengelegt.

5.8 Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

LSBG
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Hamburg

Anhang zum Jahresabschluss 2023

Hamburg, den 27.03.2026

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Geschäftsführung

Dr. Stefan Klotz

Docusign Envelope ID: 1F47536F-1A2A-86C2-8031-32015A1571EE

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
der Freien und Hansestadt Hamburg

Entwicklung des Anlagevermögens für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Anschaffungs -und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2023	Zugänge (+)	Abgänge (-)	Umbuchungen (+/-)	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge (+)	Abgänge (-)	Umbuchungen (+/-)	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022	Stand 31.12.2023
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Lizenzen und DV-Software	7.280.599,05	542.066,85	0,00	0,00	7.822.665,90	6.850.209,59	447.539,31	0,00	0,00	7.297.748,90	430.389,46	524.917,00
2. Geleistete Anzahlungen	2.152.816,53	804.237,70	0,00	0,00	2.957.054,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.152.816,53	2.957.054,23
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	9.433.415,58	1.346.304,55	0,00	0,00	10.779.720,13	6.850.209,59	447.539,31	0,00	0,00	7.297.748,90	2.583.205,99	3.481.971,23
II. Sachanlagen												
1. Container	259.890,85	0,00	0,00	-259.890,85	0,00	259.890,85	0,00	0,00	-259.890,85	0,00	0,00	0,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	225.006,04	403.630,15	0,00	931.851,67	1.560.487,86	202.479,09	20.373,62	0,00	534.868,15	757.720,86	22.526,95	802.767,00
3. Schiffe, Fahrzeuge und Geräte	2.387.500,62	0,00	0,00	-2.387.500,62	0,00	1.497.048,27	0,00	0,00	-1.497.048,27	0,00	890.452,35	0,00
4. Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.266.847,26	0,00	0,00	-2.266.847,26	0,00	1.258.031,21	0,00	0,00	-1.258.031,21	0,00	1.008.816,05	0,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	237.746,13	0,00	3.982.387,06	4.220.133,19	0,00	336.649,01	0,00	2.480.102,18	2.816.751,19	0,00	1.403.382,00
Summe Sachanlagen	5.139.244,77	641.376,28	0,00	0,00	5.780.621,05	3.217.449,42	357.022,63	0,00	0,00	3.574.472,05	1.921.795,35	2.206.149,00
Summe Anlagevermögen	**14.572.660,35**	**1.987.680,83**	**0,00**	**0,00**	**16.560.341,18**	**10.067.659,01**	**804.561,94**	**0,00**	**0,00**	**10.872.220,95**	**4.505.001,34**	**5.688.120,23**